

**Sitzung des Fachausschusses „Inneres, Soziales, Gesundheit, Jugend und Senioren
des Stadtteilbeirates Gröpelingen am 23.08.2017**

Protokoll

Sitzungsort: Ortsamt West, Waller Heerstr. 99, 28219 Bremen

Soziales Nr.:XII/05/17

Beginn der Sitzung: 18.30 Uhr

Ende der Sitzung:

21:00 Uhr

Anwesend sind für den FA „Inneres und Soziales“:

Frau Anne Hölting	Bd. 90/Grüne	Frau Gabriela Grosch	SPD
Herr Norbert Holzapfel	CDU	Herr Adedipo Ogunyena	SPD
Frau Gisela Roos	BIW	Herr Raimund Gaebelein	Die Linke
		Frau Kristina-Michaela Overbeck	FDP

An der Teilnahme sind verhindert:

Herr Pierre Doutiné SPD
Frau Marion Bonk

Als Gäste können begrüßt werden:

Herr Hassan Doğan /Vaja e.V.
Herr Jens Jakobs / Vaja e.V.
Frau Astrid Gallinger /Gesundheitstreffpunkt West
Frau Andrea Ackermann/Arbeiterwohlfahrt, Soziale Dienste GmbH
Frau Christina Gabriel / Amt für Soziale Dienste, Sozialdienst Erwachsene Gröpelingen
Frau Sabine Kruse / Leiterin „Nachbarschaftshaus Helene Kaisen“
Frau Hilde Kusserow / Sozialwerk der Freien Christengemeinde, Heimstätte Oslebshauer Park

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr. XII/04/17 vom 15.06.2017

TOP 2: Beschluss der Tagesordnung und Themenspeicher

TOP 3: Tätigkeit von VAJA e.V.
dazu: Herr Hasan Doğan / VAJA e.V.

TOP 4: Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes im Stadtteil
dazu: Mitglieder der AK „Älter werden im Bremer Westen“

TOP 5: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

TOP 6: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes/Aussprachebedarf

TOP 1: Genehmigung des Protokolls Nr. XII/04/17 vom 15.06.2017

Das vorgelegte Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 2: Beschluss der Tagesordnung und Themenspeicher

Die vorliegende Tagesordnung wird unter Erweiterung folgenden Punktes in Nichtöffentlichkeit einstimmig genehmigt:

- Globalmittelentscheidungen.

TOP 3: Tätigkeit von VAJA e.V.

Herr Doğan und Herr Jakobs stellen das Tätigkeitsspektrum des Regionalteams Mitte-West vor.

In der Straßensozialarbeit sind die Fachkräfte zum einen reaktiv tätig, indem sie dahin gesteuert werden, wo „Unruheherde“ entstehen, bspw. wenn sich Jugendcliquen an einem bestimmten Punkt konzentriert aufhalten.

In Form von Stadtteilrundgängen wird andererseits auch proaktiv sondiert, an welchen Orten sich neue Szenen etablieren, um diese im Bedarfsfall sozialpräventiv mit dem Ziel anzusprechen, Konfliktslagen möglichst schon im Ansatz auszuräumen. Auf diese Weise bilden sich Einzelfallhilfen, die sich auf konkrete Gruppen beziehen, aus.

Bei einem Personalkontingent von vier hauptamtlichen Mitarbeitern und zwei Studenten wird der Stadtteil durch Vaja an fünf Tagen in der Woche betreut.

Umfassender gestaltet sich die Arbeit mit Jugendlichen und Maßnahmeträgern aus, wenn es darum geht, sich in Gremien zu vernetzen.

Daraus ging u.a. auch das Begleitprojekt für bulgarische Jugendliche im Stadtteil hervor, das rd. fünf Jahre lang niederschwellige Ansprechewege für diesen Personenkreis bot, nun aber auslaufen wird, da die Klientel dem Alter inzwischen entwachsen ist, in dem diesbezügliche Angebote noch weiterhin sinnföällig gewesen wären.

Lokale Schwerpunkte der Arbeit bilden zum gegenwärtigen Zeitpunkt das Lindenhofquartier, und Oslebshausen; regelmäßig präsent ist das Team von Vaja e.V. aber auch an der Rostocker Straße und dem neuen Bolzplatz in den Grünanlagen am Rewe-Markt, wo sich Drogenkonsumenten und –händler ein regelmäßiges Stelldichein geben.

Aber auch aus der Mitte des Beirates sind Meldungen über Örtlichkeiten, an denen sich Jugendliche treffen, willkommen, denn der präventive Ansatz ist darauf angelegt, das Stadtteilgeschehen im Auge zu behalten und zu jeder Zeit auf das „Nachwachsen“ neuer Cliques zu reagieren.

Im Übrigen realisiert sich die präventive Arbeit auch in Zusammenarbeit mit den Jugendfreizeitheimen im Stadtteil.

Kenntnisnahme durch den Fachausschuss.

TOP 4: Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes im Stadtteil

Frau Gallinger stellt die Arbeit des Arbeitskreises „Älter werden im Bremer Westen“ vor und skizziert die Herausforderungen, denen sich der Stadtteil im Zeichen des demografischen Wandels in den kommenden Jahren und Jahrzehnten gegenüber sieht.

Die Zahl der älteren pflegebedürftigen Menschen wächst kontinuierlich. Dem steht das sozialpolitische Ziel gegenüber, diesem Personenkreis über die Bereitstellung ambulanter Dienste so lange wie möglich den Verbleib in den heimischen vier Wänden zu ermöglichen.

Obgleich in Gröpelingen die Rahmenbedingungen vergleichsweise günstig erscheinen, da der Wohnraum erschwinglich ist, bestehen demgegenüber gerade hier besondere Probleme, die der spezifischen Situation eines verstärkten Bevölkerungsdurchtausches (Stichwort „Ankommensstadtteil“) geschuldet sind. Dies befördert nämlich das Wegbrechen alter Nachbarschaftsnetzwerke und die A

nonymisierung in den Stadtquartieren, mit der Folge, dass schnelle Hilfe von Tür zu Tür, die elementar für den Verbleib in der eigenen Wohnung ist, nicht mehr in der gewohnten Form stattfindet.

Der Umstand, dass sich unter der älteren weiblichen Bevölkerung im Stadtteil viele Biografien mit klassischer „Hausfrauenkarriere“ finden, die keinen eigenen Rentenanspruch erworben haben und insofern auf staatliche Grundsicherung angewiesen sind, verschärft die Problematik für die Betroffenen noch zusätzlich.

In besonderem Maße ist zudem die wachsende Gruppe älterer Migranten betroffen, da sie mit anderen, vorwiegend althergebrachten, familiären Versorgungsstrukturen vertraut sind, die allerdings auch allmählich in Auflösung begriffen sind.

Infrastrukturell bedingte Faktoren erschweren einen Verbleib im vertrauten Umfeld zudem. Teilweise sind weite Wege zur nächstgelegenen Arztpraxis oder Einkaufsstätte zurückzulegen und dies kann in vielen Fällen auch nicht durch den Quartiersbus aufgefangen werden.

Außerdem mangelt es insbesondere im Stadtteil an barrierefreien und altersgerechten kleinen Wohnungen.

Die rd. 380 NachbarschaftshelferInnen und zusätzlichen geschulten 435 Personen, die sich über Altershilfe im ambulanten Bereich ein geringes Zubrot verdienen, vermögen nicht alle anfallenden Herausforderungen aufzufangen. Nicht wenige sind auf die Pflegeerstattungsleistungen angewiesen, die wiederum teilweise von den älteren Herrschaften als SelbstzahlerInnen zu erbringen sind.

Als weitere Säule der ambulanten Betreuung im Stadtteil stehen im Rahmen der aufsuchenden Altenarbeit 14 ehrenamtliche Kräfte zur Verfügung. Als „enttäuschend“ wird in diesem Zusammenhang allerdings angesehen, dass nicht einmal geringfügige Mittel für die Refinanzierung kleiner „motivationaler Gaben“ bereitgestellt werden.

Hinsichtlich der stationären Versorgung ergeben sich weiteren Problemlagen. Im AfSD besteht bspw. ein Stau von Anträgen auf Heimhilfegewährung.

Erschwerend kommt zum Tragen, dass ein Zentralregister für freie Heimplätze fehlt - ein Umstand der auch akute Unterbringungsfälle mitunter nur mit größerer zeitlicher Verzögerung berücksichtigt oder wohnortferne Unterbringungen nach sich zieht.

Insgesamt wird zudem die Verlagerung von Sozialleistungen zu den Pflegekassen beklagt. Dem Leitsatz „ambulant vor stationär“ kann unter den gegebenen finanziellen Bedingungen auch nicht mehr in wünschenswertem Maße Rechnung getragen werden.

Die Ausführungen der AK-Mitglieder münden daher in einen Forderungskatalog, der sich auf nachfolgende Punkten stützt:

- Verbesserung der Gesamtsituation der Fahrdienste zum Erhalt von Mobilität ambulant betreuter älterer Menschen.
- Verbesserung der haus- und fachärztlichen Versorgung im Stadtteil.
- Barrierefreier bezahlbarer Wohnraum.
- Eine erschwingliche Infrastruktur an handwerklichen Leistungen.
- Ein Stopp des Personalabbaus bei den Sozialarbeitern im Stadtteil.
- Erhalt und Ausweitung niedrigschwelliger Angebote zum sozialen Austausch für ältere Menschen im Stadtteil (wie bspw. „Café Vielfalt“).

Der Fachausschuss nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

TOP 5: Entscheidungsbedarf in Stadtteilangelegenheiten

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

TOP 6: Mitteilungen des Amtes/Verschiedenes/Aussprachebedarf

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Fachausschusssprecher „Inneres“:

Protokoll:

Norbert Holzapfel

Ingo Wilhelms

Nichtöffentlich:**TOP7: Globalmittelentscheidungen**

Eine Zuweisung an Globalmitteln als Jubiläumsgratifikationen wird einstimmig an folgende Institutionen in folgender Höhe beschlossen:

Einrichtung	Zweck	Betrag
KiTa Am Nonnenberg	60-jähriges Bestehen	€ 500,--
AK „Älter werden im Bremer Westen“	25-jähriges Bestehen	€ 500,--

Fachausschusssprecher „Inneres“:

Protokoll:

Norbert Holzapfel

Ingo Wilhelms

Anhang:
Themenspeicher:

- Sachstand Mädchenhaus